



Was sich derzeit in den Vereinigten Staaten abspielt, geht weit über innenpolitische Auseinandersetzungen um Migrationsfragen hinaus. In Minneapolis wurde am 24. Januar ein Mann von Bundesbeamten erschossen, die ihn festnehmen wollten. Es war nicht der erste Fall tödlicher Gewalt im Zusammenhang mit dem aggressiven Vorgehen der Einwanderungsbehörde ICE – doch es ist einer, der zum Symbol werden könnte: für eine schleichende Militarisierung der amerikanischen Innenpolitik.

Die Einwanderungsbehörde *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) ist längst kein reiner Verwaltungsapparat mehr. Unter Präsident Donald Trump wurde sie zur Speerspitze einer Politik, die Abschiebung nicht nur als Maßnahme, sondern als demonstrative Machtausübung versteht. Der massive finanzielle Ausbau von ICE und anderen Behörden im Heimatschutzministerium (DHS) hat eine Behörde entstehen lassen, deren Budget heute größer ist als die Militärausgaben vieler europäischer Länder. Aufrüstung, Hochtechnologie, personelle Expansion – das alles wäre noch keine Nachricht, wenn sich damit nicht auch ein Wandel im Selbstverständnis und Auftreten dieser Institutionen vollzogen hätte.

In den Städten der Vereinigten Staaten treten ICE-Einheiten inzwischen auf wie innerstaatliche Einsatzkräfte ohne zivile Zurückhaltung. Hausdurchsuchungen ohne lokale Koordination und richterliche Ermächtigung, Festnahmen ohne ersichtlichen Grund, schwer bewaffnete Patrouillen in Wohngebieten – all das hat nichts mehr mit regulierter Migrationspolitik in einem Rechtsstaat zu tun. Vielmehr erinnert es an die Methoden autoritärer Systeme, in denen Sicherheitskräfte losgelöst von rechtsstaatlicher Kontrolle agieren. Die Parallelen zu den „Sicherheitsministerien“ solcher Staaten sind augenfällig – das haben nicht nur ausländische Beobachter wie der Bürgermeister von Mailand oder ein arabischer Unternehmer am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos bemerkt.

Was den innenpolitischen Alarm zur außenpolitischen Blamage macht, ist die internationale Reaktion. Dass der ecuadorianische Staat eine Protestnote einreicht, weil ein ICE-Beamter versucht, ohne Erlaubnis in ein Konsulat einzudringen, spricht Bände. Dass Frankreich ein Technologieunternehmen zur Offenlegung seiner Geschäftsbeziehungen mit ICE auffordert, ist ein Zeichen politischen Drucks. Und dass das Auswärtige Amt in Berlin nun vor Reisen in bestimmte US-Städte warnt, ist ein bemerkenswerter diplomatischer Schritt gegenüber einem langjährigen Verbündeten.

Die Kritik kommt nicht nur von außen. In den Vereinigten Staaten selbst scheitern Gesetzesinitiativen zur weiteren Finanzierung von ICE an wachsendem Widerstand – nicht nur aus moralischen, sondern zunehmend auch aus verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Vorstellung, dass eine Bundesbehörde zu einer parteipolitisch geprägten, paramilitärischen Truppe mutieren könnte, ist mit dem amerikanischen Verfassungsverständnis kaum



vereinbar. Gerade das Misstrauen gegenüber zentralisierter Gewalt war eines der Gründungsmotive der Vereinigten Staaten. Dass ausgerechnet das nach dem 11. September gegründete DHS nun zur innerstaatlichen Machtbasis einer ideologisch aufgeladenen Präsidentschaft wird, ist eine bittere Ironie der Geschichte.

Dass dabei nicht nur das staatliche Gewaltmonopol gestärkt, sondern auch jede Form demokratischer Kontrolle geschwächt wird, ist besonders gefährlich. Disziplinarische Aufsicht, Transparenz, politische Neutralität – all dies scheint bei ICE zunehmend zur Fassade zu verkommen. Die Politikwissenschaftlerin Erica De Bruin verweist auf klare internationale Muster: Wo sich Sicherheitskräfte wie informelle Milizen verhalten, steigt nicht die Sicherheit – sondern das Risiko von Gewalt, Rechtsverletzungen und politischer Polarisierung.

Und so ist es bezeichnend, wenn das britische Magazin *The Economist* drei Warnsignale benennt: Der Einsatz von Gewalt als erste statt letzte Option; der Zusammenbruch interner Kontrolle; und die Dämonisierung der Zivilbevölkerung durch politische Rhetorik. Alles drei lässt sich in der aktuellen ICE-Politik nachweisen. Dass Vergleiche mit der Gestapo gezogen werden – so unpassend sie im historischen Maßstab sein mögen – sollte ein Weckruf sein, nicht ein Grund zur Empörung über die Wortwahl.

In Wahrheit steht weit mehr auf dem Spiel als die Migrationspolitik einer Regierung. Es geht um die institutionelle Integrität des amerikanischen Staates. Um die Frage, ob Sicherheitsbehörden Werkzeuge der Exekutive bleiben oder zu Instrumenten politischer Machtsicherung werden. Und letztlich auch darum, wie eine Demokratie aufhört, sich selbst zu erkennen, wenn sie beginnt, ihre Bürger als Feinde zu behandeln.

USA - Dänemark

Am Dienstag entfernte die US-Botschaft in Dänemark 44 dänische Fahnen, die in Pflanzkübeln vor dem Gebäude aufgestellt worden waren, um der 44 in Afghanistan gefallenen dänischen Soldaten zu gedenken. Die Aktion löste Empörung unter dänischen Veteranen aus – ein weiterer Tiefpunkt in den ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Washington und Kopenhagen.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte anonym gegenüber amerikanischen Medien, es habe sich nicht um eine bewusste Provokation gehandelt. Sicherheitskräfte entfernten



regelmäßig Fahnen, Banner oder Schilder, die Demonstranten vor der Botschaft hinterließen.

Der Vorfall fällt in eine Phase ungewöhnlicher Spannungen zwischen den USA und Dänemark – einem der ältesten NATO-Verbündeten und verlässlichsten militärischen Partner Washingtons. In einem Interview mit dem Sender Fox Business spielte Trump jüngst die Rolle der NATO-Staaten im Afghanistan-Einsatz herunter: „Wir haben sie nie gebraucht. Wir haben sie nie wirklich um etwas gebeten“, sagte er.

Weitere internationale News

- **Russlands** Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete am Donnerstag ein bilaterales Sicherheitsabkommen zwischen den USA und der Ukraine – ein entscheidender Baustein für mögliche Friedensverhandlungen – als ungeeignet, dauerhaften Frieden zu garantieren. Damit stellte er die Grundlage der laufenden Gespräche infrage.
- **Venezuelas** Oppositionsführerin María Corina Machado appellierte in einem vertraulichen Treffen im US-Kongress an die Abgeordneten: „Sagen Sie dem Präsidenten, dass ich so schnell wie möglich nach Venezuela zurückkehren möchte“, so ein Teilnehmerprotokoll.
- **Südkoreas** frühere First Lady Kim Keon Hee wurde am Mittwoch zu einer Haftstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt – wegen Bestechlichkeit. Sie hatte von einer einflussreichen Kirche u. a. eine Chanel-Handtasche und eine Diamantenkette angenommen.
- US-Außenminister **Marco Rubio** erklärte am Mittwoch, die USA befänden sich „nicht im Kriegszustand“ mit Venezuela. Es sei auch „nicht geplant“, dort militärisch einzugreifen.

Autor: P. Tiko